

Brunhild Staiger

Schulpflicht und Alphabetisierung in China: Stand und Perspektiven

Einleitung

Seit Ende der siebziger Jahre ist Chinas Bildungssystem einer tiefgreifenden Reform unterzogen worden. Zwar wurde der formale Beschluß über die Reform des chinesischen Bildungswesens erst im Mai 1985 vom ZK erlassen, aber tatsächlich hatten die Reformen schon bald nach Mao Zedongs Tod 1976 eingesetzt. Damals galt es zunächst, die in der Kulturrevolution weitgehend zerschlagenen Bildungsinstitutionen wieder aufzubauen. Dieser Wiederaufbau war verbunden mit einem grundlegenden Richtungswandel: Hatte man in der Kulturrevolution das Ideal einer breiten Massenbildung vertreten, das notgedrungen auf sehr niedrigem Niveau umgesetzt wurde, so wurde nun das Schwergewicht auf die Anhebung des Bildungsniveaus des Volkes gelegt. Zur Erreichung dieses Ziels wurden die Bildungsstandards erhöht, Prüfungen wiedereingeführt, auf den höheren Schulstufen (obere Mittelschule und Hochschule) der Zugang beschränkt, die Schulzeit verlängert, Elitebildung gefördert (in Form der Wiedereinführung der sog. Schwerpunktschulen) und die Lehrpläne stärker auf Theorie als auf Praxis ausgerichtet. Diese Bildungspolitik muß vor dem Hintergrund der Modernisierungspolitik Deng Xiaopings gesehen werden, die das Ziel verfolgt, China im nächsten Jahrhundert den Status einer modernen Großmacht einnehmen zu lassen. Dieses ehrgeizige Ziel soll vor allem durch ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum erreicht werden und dieses wiederum durch verstärkte Förderung von Wissenschaft und Technik, die Deng 1978 zu den wichtigsten Produktivkräften erklärte.

In den folgenden Jahren wurde das Begriffspaar "Wissenschaft und Technik" geradezu zu einer Zauberformel oder Wunderwaffe für Chinas Entwicklung. Von Anfang an war der politischen Führung klar, daß nicht nur die Wissenschaft, sondern die gesamte Wirtschaft von einem soliden Bildungswesen abhing. Die Bildungspolitik bemühten sich redlich, das Augenmerk der Öffentlichkeit auf das Bildungswesen zu lenken, mußten aber zur Kenntnis nehmen, daß sie zwar das Gehör einiger Politiker fanden, das Bildungswesen insgesamt aber von untergeordneter Bedeutung blieb, zumal bei den lokalen Verwaltungen. Die Parteiführung war an diesem Zustand nicht ganz unschuldig, hielt sie doch jahrelang an der Betonung von Wissenschaft und Technik fest, so daß zeitweise der Eindruck entstehen konnte, die ideologischen Defizite würden durch die Propagierung von Wissenschaft und Technik kompensiert. Dies änderte sich erst nach dem XIV. Parteitag im Oktober 1992. Auf diesem Parteitag wurde dem Bildungswesen

strategische Bedeutung beigemessen und ihm die gleiche Priorität wie Wissenschaft und Technik eingeräumt. Fortan wurden letztere nicht mehr einseitig betont. Eine Folge war, daß seitdem bildungspolitische Fragen einen deutlich breiteren Raum in den Medien einnehmen und führende Politiker, namentlich der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing, jede Gelegenheit nutzen, um die Priorität des Erziehungswesens zu betonen. Vor allem werden seitdem große Anstrengungen von den übergeordneten Stellen unternommen, den Kadern der unteren und mittleren Ebenen klarzumachen, daß ein gutes Schulwesen die Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt ist.

Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, welche Ergebnisse die Bildungsreform in China bisher im Bereich der Grundbildung gezeitigt hat und welche Probleme und Engpässe auftreten. Dabei soll versucht werden, das bisher Erreichte zu quantifizieren. Betrachtet werden sollen zunächst die beiden aus chinesischer Sicht derzeit dringendsten Bildungsaufgaben, nämlich die Einführung der neunjährigen Schulpflicht und die Abschaffung des Analphabetentums. Wenn diese beiden Aufgaben zur Zeit als die dringlichsten bezeichnet werden, so kommt darin zum Ausdruck, daß in den neunziger Jahren (genaugenommen seit dem XIV. Parteitag) das Bildungswesen sozusagen vom Kopf wieder auf die Füße gestellt wurde. Aufgrund der übermäßigen Betonung des wirtschaftlichen Aufbaus und, damit zusammenhängend, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts seit Ende der siebziger und die ganzen achtziger Jahre hindurch hatten die Bildungspolitik in erster Linie der qualifizierten Bildung der höheren Schulstufen, insbesondere der Sekundarstufe II und dem Hochschulbereich, Aufmerksamkeit geschenkt. Dies mochte eine verständliche Reaktion auf die Bildungsfeindlichkeit der Kulturrevolution sein, doch spätestens seit Beginn der neunziger Jahre hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Modernisierung nur auf der Grundlage einer soliden, breiten Volksbildung zu erreichen ist. Während in den achtziger Jahren eher die Reform der Sekundarstufe II, in die zum Teil die berufliche Bildung integriert wurde, und die Hochschulreform im Mittelpunkt des Interesses standen, rückte in den neunziger Jahren die Elementarbildung in den Vordergrund der bildungspolitischen Diskussion.

Die wichtigsten bildungspolitischen Gesetze und Richtlinien

Bevor wir uns den beiden genannten Problemen zuwenden, soll ein kurzer Blick auf die einschlägigen Gesetze und Richtlinien geworfen werden. Wie in anderen Bereichen auch, ging der Staat im Verlaufe des letzten Jahrzehnts daran, das Bildungswesen zu verrechtlichen. Das umfangreiche Gesetzes- und Richtlinienwerk bildete die Voraussetzung für die Bildungsreform, die ohne die staatlichen Vorschriften nicht vorangekommen wäre. Als wichtigste Gesetze und Beschlüsse sind zu nennen:

1. Das den Bürgern Chinas in der Verfassung zugestandene Recht auf Bildung, verbunden mit der Pflicht zur Bildung (Art.46 der Verf. vom 4.12.1982).
2. Der Beschluß des ZK über die Reform des Bildungswesens vom 27.5.1985: Als oberstes Ziel wird in dem Beschluß die Anhebung der Qualität des Volkes genannt. Die darin vorgesehenen Reformen umfassen die

Einführung der allgemeinen Schulpflicht (9 Jahre), die Strukturreform der Sekundarschulen (die Sekundarstufe II soll je zur Hälfte allgemeinbildend und berufsbildend sein), die Hochschulreform (größere Autonomie für die Hochschulen, Reform des Zulassungssystems und der Stellenzuweisung) sowie die Anhebung der sozialen Stellung und Qualität der Lehrer.

3. Das Schulpflichtgesetz vom 12.4.1986, das am 1.7.1986 in Kraft trat: Es führte zum erstenmal die allgemeine neunjährige Schulpflicht gesetzlich ein. Es handelte sich hier um das erste Schulpflichtgesetz Chinas überhaupt. Die Schulreform von 1922 hatte eine vierjährige Schulpflicht vorgesehen, auch die Nankinger Nationalregierung hatte mehrere Pläne zur stufenweisen Einführung der allgemeinen Schulpflicht aufgestellt, aber all diese Versuche waren wegen der politischen Lage erfolglos geblieben. In der Volksrepublik hatte es bis dahin ebenfalls kein Schulpflichtgesetz gegeben. Insofern stellt das Gesetz von 1986 einen bedeutsamen Markstein dar. Die wichtigsten darin enthaltenen Bestimmungen lauten: Unterrichtssprache ist das Hochchinesische (*putonghua*). In Schulen, die überwiegend von Minderheiten besucht werden, kann auch in Minderheitensprachen unterrichtet werden. Die Zuständigkeiten sind so geregelt, daß der Staat für das Schulsystem, die Lehrinhalte, Lehrpläne und Lehrbücher zuständig ist, während die Lokalregierungen für die praktische Durchführung, die Finanzierung, den Bau der Schulen usw. zuständig sind. Schulgeld soll im Rahmen der Schulpflicht abgeschafft werden und darf nur noch für eine Übergangsphase erhoben werden. Für Bedürftige werden spezielle Fonds eingerichtet. Die Schulen dürfen für bestimmte Aufgaben oder Leistungen Gebühren erheben. Die Kosten für das Bildungswesen tragen Zentralregierung und lokale Regierungen gemeinsam. Die Zuwachsraten der Bildungsetats müssen höher sein als die aller anderen Etats. Unterentwickelte Gebiete, insbesondere Minderheitsgebiete, werden vom Staat unterstützt. Nichtstaatliche Organisationen und Einzelpersonen werden aufgerufen, ins Bildungswesen zu investieren. Nicht zuletzt werden die Förderung der Lehrerbildung und eine Formalisierung der Ausbildungsgänge gefordert.

In den folgenden Jahren wurden in den Provinzen örtliche Bestimmungen zur Einführung der allgemeinen Schulpflicht erlassen.

4. Vorschriften zur Durchführung des Schulpflichtgesetzes vom 1.4.1992: Der Erlaß war notwendig geworden, weil die Einführung der allgemeinen Schulpflicht nicht die erwarteten Fortschritte machte. Den Kadern und der Bevölkerung mußte klargemacht werden, daß das Gesetz streng einzuhalten ist und Verstöße bestraft werden müssen. Der Erlaß verlangt von den Provinzregierungen die Aufstellung genauer Zeitpläne für die Einführung der Schulpflicht. Auf allen Verwaltungsebenen müssen die Bildungsetats sichergestellt sein, die Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen soll ausschließlich für die Verbesserung des Schulwesens verwendet werden. Durch Einführung des Verantwortlichkeitssystems werden diejenigen zur Verantwortung gezogen, die die Schulaufsicht vernachlässigen, Gelder aus den Bildungsetats veruntreuen oder zweckentfremdet verwenden. Eltern werden bestraft, wenn sie ihre

schulpflichtigen Kinder nicht zur Schule schicken, Arbeitseinheiten, wenn sie Kinder im schulpflichtigen Alter einstellen.

5. Bestimmungen über die Abschaffung des Analphabetentums vom 5.2.1988 mit revidierter Fassung vom 1.8.1993.
6. Programm für die Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens des ZK und Staatsrats vom 27.2.1993: Dieses Programm ist Ausdruck der Absicht der Regierung, die Entwicklung des Bildungswesens als strategische Aufgabe zu betrachten und dem Bildungswesen Priorität einzuräumen. Wissenschaft und Technik werden in dem Programm als Schlüssel zur Modernisierung, das Bildungswesen als Grundlage der Modernisierung bezeichnet. Das Programm hat quasi-gesetzlichen Charakter; es liefert bis ins nächste Jahrhundert hinein verbindliche Rahmenrichtlinien für die Bildungsreform.
7. Meinungsäußerung des Staatsrats zur Realisierung des Programms für die Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens vom August 1994: Sie ist abermaliger Ausdruck des Bemühens der Regierung, das Bewußtsein der Kader aller Ebenen auf die strategische Bedeutung des Bildungswesens zu lenken. Eine solche Meinungsäußerung hat autoritativen und bekräftigenden Charakter, d.h. sie hebt die Schwerpunkte der Bildungsreform noch einmal hervor.
8. Das Lehrergesetz vom 31.10.1993, das am 1.1.1994 in Kraft trat: Das Gesetz bedeutete einen Fortschritt für die Anhebung der gesellschaftlichen Stellung der Lehrer und ihre materielle Absicherung.
9. Die Bestimmungen über die Qualifikation von Lehrern vom 12.12.1995: Sie stellen eine wichtige Ergänzung zum Lehrergesetz dar. Zum Zwecke der Anhebung der Qualität der Lehrer wird eine Klassifizierung der Lehrer vorgenommen und die für jeden Schultyp erforderliche Qualifikation vorgeschrieben.
10. Das Bildungsgesetz vom 18.3.1995, nach dem Schulpflichtgesetz von 1986 das wichtigste Gesetz: Es ist seit dem 1. September 1995 in Kraft. Mit ihm wird die prioritäre Bedeutung des Bildungswesens gesetzlich festgeschrieben, desgleichen die Bildungsreform. Es stellt einen weiteren Schritt zur Verrechtlichung des Bildungswesens dar: Bei Nichteinhaltung der Gesetze und Vorschriften sowie Nichtbefolgung der Bildungsaufgaben stehen nun gesetzliche Mittel zur Verfügung.
11. Das Berufsbildungsgesetz vom 15.5.1996, das seit dem 1. September 1996 in Kraft ist.

Mit diesen Gesetzen und Bestimmungen steht China ein für die Realisierung der dringendsten Bildungsaufgaben, also insbesondere die Einführung der neunjährigen Schulpflicht und die Abschaffung des Analphabetentums, ein hinreichendes rechtliches Instrumentarium zur Verfügung. Allerdings klaffen wie auf vielen anderen Gebieten auch im Bildungsbereich die gesetzlichen Normen und die Realität weit auseinander.

Die Einführung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht

Wie erwähnt, gab es vor 1986 in der VR China keine allgemeine Schulpflicht. Zwar war das Schulwesen vor der Kulturrevolution relativ gut entwickelt, aber während des kulturrevolutionären Jahrzehnts (1966-76) wurden die Bildungseinrichtungen zum großen Teil aufgelöst, so daß mit Beginn der Reformära Ende der siebziger Jahre das Bildungssystem mühsam wieder aufgebaut werden mußte. Eine der Hinterlassenschaften der Kulturrevolution war, daß es kein reguläres, einheitliches Schulsystem mehr gab, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Formen bestand, denen gemeinsam war, daß sie nicht der Qualifikation im Sinne der Vermittlung von Wissen dienten, sondern in erster Linie der politisch-ideologischen Indoktrinierung und Agitation. Auch war es in der Kulturrevolution nie gelungen, eine allgemeine Schulpflicht einzuführen, obwohl eines ihrer großen Ziele die Massenbildung gewesen war. Deshalb betrachtete es die Regierung in den achtziger Jahren als ihr vordringliches Ziel, die allgemeine Schulpflicht einzuführen. Das Schulpflichtgesetz von 1986 sieht eine neunjährige Schulpflicht vor, und zwar in der Regel 6 Jahre Grundschule und 3 Jahre untere Mittelschule/Sekundarstufe I. Das System 6+3 ist aber nicht zur Norm erhoben worden; vielmehr werden in den Erläuterungen zum Schulpflichtgesetz ausdrücklich die bis heute bestehenden Systeme 5+4, 5+3 und durchgehend 9 Jahre für eine gewisse Übergangsphase gebilligt.

Die neun Schulpflichtjahre 6+3 umfassen die sog. Elementar- oder Grundbildung (*jichu jiaoyu*). Diese soll grundsätzlich allgemeinbildend sein, was bedeutet, daß sie in erster Linie Allgemeinwissen vermittelt. Diese Zielsetzung drückt sich auch in dem im Schulpflichtgesetz genannten Bildungsziel aus, das in der umfassenden Bildung in moralischer, wissensmäßiger und körperlicher Hinsicht besteht und die Heranbildung von Menschen mit Idealen, moralischen Qualitäten, Bildung und Disziplin fordert. Ungeachtet der Betonung moralischer Bildung und des Auftrags, Allgemeinwissen zu vermitteln, ist in die Grundbildung auch die Vermittlung praktischer Kenntnisse integriert, jedoch grundsätzlich nur aus pädagogischen Gründen und nicht etwa zum Zwecke der Vorbereitung auf einen Beruf. Formale berufliche Bildung bleibt der Sekundarstufe II vorbehalten, die zudem - in ihrem allgemeinbildenden Zweig - die Aufgabe hat, auf das Hochschulstudium vorzubereiten. Sie umfaßt ebenfalls drei Jahre, so daß das vollständige Schulsystem die Stufen 6+3+3 umfaßt. Über den Umfang des praktischen Unterrichts im Rahmen der Pflichtschuljahre gingen die Meinungen von Anfang an auseinander. Während zu Beginn der Reformära die Wissensvermittlung stärker betont wurde, melden sich in den letzten Jahren zunehmend Stimmen zu Wort, die insbesondere auf dem Lande den Anteil des praxisorientierten Unterrichts erhöhen wollen, um die Schüler auf spätere Tätigkeiten vorzubereiten und die Schulbildung stärker auf die örtlichen Bedürfnisse auszurichten. Die Frage ist bislang nicht eindeutig entschieden worden, aber generell sieht es so aus, daß der Anteil des praktischen Unterrichts in den weniger entwickelten Gebieten höher ist als in den gut entwickelten Regionen und den Städten. Auf jeden Fall wird das Thema in den kommenden Jahren weiter auf der Tagesordnung stehen.

Aufgrund des ungleichen Entwicklungsniveaus ist die Einführung der neunjährigen Schulpflicht in Etappen vorgesehen, nämlich in drei Stufen: Die entwickelten Gebiete mußten sie bis 1990, die Gebiete mittleren Entwicklungsniveaus die sechsjährige Grundschule bis 1990 und die neunjährige Schulpflicht bis 1995 eingeführt haben, die unterentwickelten Gebiete sollen den allgemeinen Grundschulbesuch im wesentlichen bis zum Jahr 2000 erreichen, während sie die Einführung der dreijährigen Mittelschulunterstufe ins nächste Jahrhundert verschieben können.

Wie steht es nun mit der Realisierung der Schulpflicht? Schaut man sich die offiziellen Einschulungs- und Übergangsraten an, so sind diese durchaus beeindruckend. So lag die Einschulungsquote für die Grundschule 1985, also ein Jahr vor Erlass des Schulpflichtgesetzes, bei 96% und 1995 bei 98,5%. Die Übergangsrate zur Mittelschulunterstufe lag 1985 bei 68,4%, zehn Jahre später bereits bei 90,8% aller Grundschulabsolventen.¹ Erfreulich ist vor allem, daß sich die Einschulungsrate bei den Mädchen, die in der Vergangenheit besonders auf dem Lande weitaus weniger Bildungschancen hatten als Jungen, heute derjenigen der Jungen angenähert hat. 1986 wurden noch 4,6% weniger Mädchen eingeschult als Jungen; heute (1996) soll der Unterschied nur noch 0,7% weniger betragen.²

Diese offiziellen Statistiken sind allerdings nicht unbedingt zuverlässig. Während es bei der gegenwärtigen Einschulungsrate von 98,5% keine Unstimmigkeiten gibt, sind in bezug auf die Übergangsrate zur Mittelschule stark divergierende Angaben in Umlauf. So wurde z.B. in der *Guangming-Zeitung* im Frühjahr die derzeitige Übergangsrate mit nur 78,4% angegeben.³ Diese Quote, die auf Angaben der Staatlichen Bildungskommission beruhte, mag realistischer sein als die offizielle Statistik, aber es ist auch möglich, daß die Bildungskommission die Zahl aufgrund ihrer eigenen Interessenlage in Umlauf gab, nämlich um einen größeren Anteil am Finanzhaushalt zu erhalten.

Welche Gründe man für die Divergenzen auch immer angeben kann, letztlich besagen die Angaben wenig. Denn sowohl die hohe Einschulungs- als auch die relativ hohe Übergangsrate täuschen, weil sie keine stabilen Größen sind. Auf beiden Schulstufen bricht nämlich jährlich ein hoher Prozentsatz von Schülern die Schule vorzeitig ab. Dies gilt vor allem für die Kinder auf dem Lande. Dort gehen die Kinder häufig nur die ersten drei Jahre zur Schule, weil die Familien etwa ab dem zehnten Lebensjahr die Arbeitskraft der Kinder in der Landwirtschaft bzw. im Haushalt brauchen. Darin äußert sich eine zumal in den ländlichen Gebieten immer noch weitverbreitete Gering-schätzung von Bildung. Als weiterer Grund sind die hohen Gebühren anzuführen, die den Schülern auf allen Schulen abverlangt werden. Schulgeld ist zwar offiziell abgeschafft, weil es sich nicht mit einer Schulpflicht vereinbaren läßt. Dafür aber erheben die Schulen alle möglichen Gebühren, teils für schulische Dinge (Schulbücher, Lehrergehälter, Schulaktivitäten, Nachhilfe, Prüfungsgebühren u.ä.), teils aber auch für schulfremde Leistungen (Straßenbau, Versicherungs- und Gesundheitswesen usw.), ja vielfach werden Gebühren über Schulen eingezogen, um die Budgets der Kreise und Gemeinden aufzustocken.⁴ Zu hohe Gebühren oder Gebühren für schulfremde Leistungen zu erheben ist zwar verboten, doch trotz wiederholt ausgesprochener offizieller Verbote und verschärfter Kontrollen steht die Regierung dem Problem bislang machtlos gegenüber.

In vielen unterentwickelten Gegenden können sich die Familien den Schulbesuch ihrer Kinder einfach nicht leisten. Pro Jahr belaufen sich die Kosten für ein Schulkind auf dem Lande inklusive Lehrbücher, Schreibmaterial, Gebühren usw., auf rund 150 Yuan. In den Armutsgebieten nehmen die Kosten für zwei Schulkinder ein Fünftel des Familieneinkommens ein.⁵ Angesichts solcher Belastungen ist es verständlich, daß viele Eltern ihre Kinder nicht zur Schule schicken.

Die Regierung versucht durch verschiedene Programme, das Schulwesen in Armutsgebieten und bedürftige Familien, die ihren Kindern aus wirtschaftlichen Gründen keinen Schulbesuch ermöglichen können, zu unterstützen. So wurde 1995 ein Sonderprogramm zur Einführung der Schulpflicht in Armutsgebieten aufgelegt. Unterentwickelte Kreise und Gemeinden, insbesondere auch Gebiete nationaler Minderheiten, erhalten von der Zentrale Zuschüsse für das Schulwesen. Vor allem aber ist das "Projekt Hoffnung" zu erwähnen, ein nichtstaatliches Projekt, das 1989 ins Leben gerufen wurde, um Kindern im schulpflichtigen Alter, die aus wirtschaftlichen Gründen die Schule abgebrochen haben, die Rückkehr in die Schule zu ermöglichen. Trägerin ist eine Stiftung, die Chinesische Stiftung für Jugendentwicklung. Sie sammelt im In- und Ausland Spendengelder für den Bau von Schulen und die Vergabe von Stipendien für Kinder bedürftiger Familien. Bis Ende 1995 hatte die Stiftung rund 500 Mio. Yuan gesammelt. Davon konnten weit über eine Million Kinder unterstützt und über 1000 Grundschulen gebaut werden.⁶

Trotz solcher partiellen Erfolge konnte die Abbrecherquote offensichtlich bislang nicht nachhaltig reduziert werden. Das Problem ist, daß der Anteil derjenigen, die die Schule vorzeitig verlassen, schwer zu quantifizieren ist. In den statistischen Jahrbüchern werden dazu keine Angaben gemacht. Es ist auch nicht möglich, die Einschulungs- und Absolventenzahlen der entsprechenden Jahrgänge zu vergleichen, um daraus die Abbrecherzahlen zu errechnen, denn die Zahlen sind nicht kompatibel, weil nicht zwischen fünf- und sechsjährigem Grundschulbesuch unterschieden wird und es zudem kein einheitliches Einschulungsalter gibt. Der Außenstehende ist also mehr oder weniger auf Zufallsmeldungen in der chinesischen Presse angewiesen. Doch solche Angaben sind nicht nur ungenau, sie weichen auch stark voneinander ab.

So soll die Abbrecherrate 1994 auf Grundschulebene bei 1,85% gelegen haben.⁷ Nimmt man eine Zahl von 128 Mio. Grundschulern,⁸ so handelte es sich um eine Größenordnung von ca. 2,4 Mio. In einer anderen Quelle ist die Rede von "über 1 Mio. Schulabbrechern pro Jahr".⁹ Die Gründe für die Diskrepanz sind zum einen in dem unterentwickelten Statistikwesen zu suchen, zum anderen in der Schönfärberei auf lokaler Ebene. Ganz offensichtlich aber liegen diese Zahlen zu niedrig. Es gibt chinesische Schätzungen aus dem Jahre 1990, nach denen nur ein Drittel aller Grundschüler die Grundschule und davon wiederum nur ein Drittel die Sekundarstufe I beendet.¹⁰ Die Situation dürfte sich heute nicht wesentlich verbessert haben angesichts der vielen Klagen in den Medien über die Zunahme der Schulabbrecher und die Verschlechterung der schulischen Infrastruktur. Deutlich günstiger fallen die Daten der UNESCO aus, derzufolge 1991 88% der fünf Jahre zuvor Eingeschulten die fünfte Grundschulklasse erreichten.¹¹

Im übrigen besitzen gerade hier nationale Durchschnittszahlen keine Aussagekraft. Sinnvoller ist es, regionale oder lokale Untersuchungen anzustellen, wie dies von chinesischer Seite inzwischen in zunehmendem Maße geschieht. So wurde z.B. im Mai 1993 die Abbrecherquote in drei hauptsächlich von nationalen Minderheiten bewohnten Kreisen in Guangxi erforscht. Danach schloß nur etwa die Hälfte aller Eingeschulten die fünfjährige Grundschule und gar nur etwa ein Zehntel eine sechsjährige Grundschule ab.¹²

Angesichts der hohen Abbrecherquoten muß es fraglich erscheinen, ob das Ziel erreicht werden kann, bis zur Jahrhundertwende die neunjährige Schulpflicht "im wesentlichen" einzuführen, d.h. mit Ausnahme der unterentwickelten Gebiete, in denen bis 2000 erst die allgemeine Grundschulbildung eingeführt zu sein braucht. Gegenwärtig ist es so, daß die neunjährige Schulpflicht erst in einem Drittel aller Kreise realisiert ist (gut 1000 Kreise), oder anders ausgedrückt, in Gebieten, in denen 36% der Bevölkerung lebt. Die Grundschulbildung ist in Gebieten eingeführt, die immerhin von 91% der Bevölkerung bewohnt werden.¹³

Die Erreichung des Zieles hängt entscheidend davon ab, wie die Entwicklung in den nächsten Jahren bis zur Jahrhundertwende in den Provinzen der mittleren Entwicklungstufe verläuft. Es handelt sich bei ihnen um zwölf Provinzen, darunter einige der bevölkerungsreichsten:

Hebei, Shanxi, Heilongjiang, Anhui, Fujian, Jiangxi, Henan, Hubei, Hunan, Hainan, Sichuan und Shaanxi.¹⁴

Während in den entwickelten Provinzen (Beijing, Tianjin, Shanghai, Liaoning, Jilin, Shandong, Jiangsu, Zhejiang und Guangdong) die Kinder im schulpflichtigen Alter durchweg schon neun Jahre zur Schule gehen oder dies bis zum Jahr 2000 tun werden, ist es ungewiß, ob dies in den Provinzen mittleren Entwicklungsniveaus innerhalb der gesetzten Frist möglich sein wird. Die Regierung schenkt daher diesen Provinzen besondere Aufmerksamkeit, indem sie die örtlichen Regierungen ermahnt, mehr ins Bildungswesen zu investieren, und den Ausbau des Schulwesens finanziell verstärkt unterstützt. Für die unterentwickelten Provinzen - das sind alle autonomen Gebiete (Innere Mongolei, Ningxia, Xinjiang, Guangxi und Tibet) und die Provinzen Gansu, Qinghai, Guizhou und Yunnan - kann das Ziel kaum noch erreicht werden. Bestenfalls werden einige entwickelte Kreise die allgemeine Mittelschulunterstufe eingeführt haben, während das Gros der Kreise wahrscheinlich Mühe haben wird, die sechsjährige Grundschule zur allgemeinen Pflicht zu machen. Staatlicherseits wird schon jetzt zugegeben, daß es Gebiete mit besonders schwierigen Bedingungen bis zum Jahr 2000 allenfalls bis zu einer drei- bis fünfjährigen Grundschulbildung bringen werden.¹⁵

Die Abschaffung des Analphabetentums

Neben der mangelnden Schulbildung ist die große Zahl der Analphabeten das zweite Bildungsdefizit, das die Modernisierungspolitik beeinträchtigt. In der Kulturrevolution hatte man bekanntlich Bildung für alle, für die Massen gefordert. Eine der wenigen Errungenschaften, die damals nicht nur in China Bewunderer fand, waren die großen

Alphabetisierungskampagnen. Um so erstaunter war man über die hohe Zahl der Analphabeten, die Ende der siebziger Jahre bekanntgegeben wurde. Man mußte feststellen, daß auf dem Lande 30% der Bevölkerung Analphabeten waren. Ein großer Teil von ihnen, nämlich 120 Mio., waren junge Leute unter 45 Jahren,¹⁶ und das, obwohl in der Kulturrevolution angeblich 95% der Kinder im Schulalter die Schule besuchten. Die Gründe für die hohe Zahl der Analphabeten sind darin zu suchen, daß viele Volkskommunen, die damals für das Schulwesen verantwortlich waren, noch keine Schulen eingerichtet hatten. Ein großer Teil der Bildung geschah in Freizeitaktivitäten, bei denen allerdings mehr auf politische Bildung und zu wenig auf den Erhalt der Lese- und Schreibfähigkeit der Bauern geachtet wurde. Überdies verließ die Mehrzahl der Schüler die Schulen vorzeitig, so daß sie wieder ins Analphabetentum zurückfielen.

Das offizielle Ziel war zunächst, das Analphabetentum unter jüngeren Menschen (15-40 Jahre) bis zum Jahr 2000 abzuschaffen. In den achtziger Jahren wurde daher die Alphabetisierungsarbeit auf allen Ebenen intensiviert. Zuständig sind die Basiseinheiten, d.h. die Betriebe sowie die Dorf- und Einwohnerkomitees, die unter der Führung der örtlichen Behörden entsprechende Kurse veranstalten müssen. An den Kursen müssen alle Analphabeten zwischen 15 und 40 Jahren teilnehmen. Eine Einheit gilt als alphabetisiert, wenn auf dem Lande mindestens 95% und in den Städten mindestens 98% derjenigen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben, lesen und schreiben können.¹⁷ Pro Jahr wurden angeblich rund 4 Mio. Menschen alphabetisiert, innerhalb von zehn Jahren also rund 40 Mio. In Übereinstimmung mit dieser Angabe sollen zwischen 1982 und 1991 rund 40 Mio. Menschen im Alter zwischen 15 und 40 Jahren Lesen und Schreiben gelernt haben. Von den 237 Mio. Analphabeten, die für 1982 verzeichnet wurden, zählten 80 Mio., also etwa ein Drittel, zu den jüngeren Menschen. Bis 1991 konnte die Gesamtzahl der Analphabeten auf 180 Mio. gesenkt werden, die der jüngeren Analphabeten auf 40 Mio.¹⁸

Auf wie schwankendem Boden diese Zahlen stehen, zeigt sich darin, daß Anfang 1995 immer noch eine Analphabetenziffer (Menschen über 15 Jahre) von 180 Mio. genannt wurde.¹⁹ Doch im März 1996 war von offizieller Seite bereits von nurmehr 145 Mio. (12% der Bevölkerung) die Rede.²⁰ Mindestens eine der beiden Zahlen kann nicht stimmen, denn innerhalb eines Jahres können nicht 35 Mio. Menschen alphabetisiert worden sein. Entweder wurde bei der ersten Zahl absichtlich zu hoch gegriffen, um das Problem noch akuter zu machen, oder die zweite Zahl ist zu niedrig veranschlagt. Wahrscheinlich ist beides der Fall, so daß die Zahl der Analphabeten für das Jahr 1995 irgendwo dazwischen anzusetzen ist. Insofern scheint die Angabe der UNESCO zuverlässiger zu sein, nach der sich die Analphabetenziffer 1995 auf 166 Mio. belief.²¹ Von chinesischer Seite werden die Analphabeten im Jahre 1995 mit 150 Mio. beziffert; davon sollen 35 Mio. jüngere Menschen im Alter zwischen 15 und 50 (*sic!*) gewesen sein. Das entspricht einem Anteil von 15,88% bzw. 7% an der Gesamtbevölkerung.²²

Abgesehen von den üblichen Gründen für die statistischen Schwankungen wie Beschönigen der nach oben gemeldeten Zahlen, Ungenauigkeiten bei der Erhebung usw., treten

bei der Ermittlung der Analphabetenziffern besondere Schwierigkeiten auf. Als erstes sind unterschiedliche Definitionen, wer ein Analphabet ist, anzuführen. Einer offiziellen Definition zufolge bezieht sich der Begriff Analphabeten auf Menschen zwischen 15 und 40 Jahren, die weniger als 500 Schriftzeichen kennen. Solche, die zwischen 500 und 1.500 Zeichen kennen, werden als halb alphabetisiert bezeichnet. Als alphabetisiert gilt, wer mindestens 1.500 Zeichen (auf dem Lande) oder 2.000 Zeichen (in den Städten) lesen und schreiben kann.²³ Ob diese Definition immer strikt angewendet wird, ist allerdings sehr zu bezweifeln. Häufig wird auch ein Alter zwischen 15 und 45 oder zwischen 15 und 50 Jahren zugrunde gelegt. Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, daß der Konsolidierungsarbeit zu wenig Beachtung geschenkt wird. Die schwierige Erlernbarkeit der chinesischen Schrift bringt es mit sich, daß viel Zeit darauf verwendet werden muß, die Schreib- und Lesefähigkeit bei den Schülern zu erhalten. Da dies oft vernachlässigt wird und infolgedessen die Schriftzeichen schnell wieder vergessen werden, entstehen immer wieder neue Analphabeten, offiziell pro Jahr über 1 Mio., in Wirklichkeit wahrscheinlich weitaus mehr, denn die Gefahr des Rückfalls ins Analphabetentum besteht nicht nur für die Teilnehmer der Alphabetisierungskurse, sondern auch für die Schulabbrecher.

Das Ziel der Regierung, bis zum Jahr 2000 das Analphabetentum unter jüngeren Menschen so gut wie ausgelöscht zu haben, wird schwerlich zu erreichen sein. Ende 1995 soll es erst in acht Provinzen und einem guten Drittel aller Kreise realisiert gewesen sein.²⁴ Legt man die offizielle Angabe von derzeit 35 Mio. jüngeren Analphabeten zugrunde und geht man davon aus, daß pro Jahr ca. 4-5 Mio. alphabetisiert werden können, dann könnten bis zur Jahrhundertwende maximal 25 Mio. Lesen und Schreiben lernen. Die Anstrengungen müßten also gewaltig erhöht werden, was in der Praxis allerdings wegen der begrenzten Kapazitäten kaum möglich ist. Tatsächlich sind die Erfolge der Alphabetisierungsmaßnahmen eher rückläufig. So wurde im Herbst 1995 berichtet, daß im gerade abgelaufenen Schuljahr (1994/95) nur 2 Mio. Menschen Lesen und Schreiben gelernt hätten. Als Gründe für den mangelnden Erfolg wurden genannt: Indifferenz der lokalen Behörden gegenüber dem Problem, unzureichende Finanzmittel, mangelnde Qualität des Unterrichts und Vernachlässigung der Konsolidierungsarbeit.²⁵ Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß sich diese Zustände in absehbarer Zeit wesentlich bessern.

Dennoch läßt die Regierung nichts unversucht, um des Problems Herr zu werden. Ausdruck dieses Bemühens ist die Gründung einer dem Staatsrat unterstehenden nationalen Arbeitsgruppe zur Koordinierung der Alphabetisierungsarbeit im Herbst 1994. Die Arbeitsgruppe, deren Vorsitzender der Bildungsminister ist, nimmt Führungs- und Kontrollaufgaben wahr; sie setzt sich aus Vertretern von zwölf Ministerien und Kommissionen zusammen.²⁶ Entsprechende Koordinierungsgremien gibt es auch auf Provinzebene. Auf ihrer ersten Tagung im Herbst 1994 legte die Arbeitsgruppe einen Dreistufenplan vor, demzufolge die Analphabetenrate bis zum Jahr 2000 unter den 15- bis 50jährigen auf unter 5% gedrückt werden soll. In etwas modifizierter Form gilt der Plan bis heute und sieht folgendes vor: Bis 1996 soll der Anteil der Analphabeten in den zehn Provinzen, in denen das Bildungswesen gut

entwickelt ist, auf unter 5% gebracht werden. Bis 1998 soll das gleiche Ziel in 14 weiteren Provinzen erreicht sein, und bis zum Jahr 2000 soll die Analphabetenrate in den sechs restlichen Provinzen/autonomen Gebieten auf unter 15% vermindert werden.²⁷ In dieser Planung wird abermals deutlich, daß der Kampf gegen das Analphabetentum in den Gebieten der nationalen Minderheiten besonders schwierig ist.

Die Engpässe bei der Alphabetisierungsarbeit liegen in erster Linie in den knappen Finanzen, im Lehrkräftmangel und in der mangelhaften Konsolidierungsarbeit. Die Alphabetisierungsmaßnahmen müssen von den untersten Einheiten (Betrieben, Einwohner- und Dorfkomitees) finanziert werden. Insbesondere auf Dorfebene fehlen dafür häufig die Mittel, zumal in unterentwickelten Gebieten, aber vielfach wird der Arbeit von den örtlichen Führungen auch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Hier ist viel Überzeugungsarbeit nötig; außerdem müssen die Kontrollen der übergeordneten Verwaltungen verschärft werden. Der Lehrermangel erklärt sich daraus, daß dieser Bildungsbereich in bezug auf Ausstattung mit qualifizierten Lehrern an unterster Stelle der Prioritätenskala steht. Der akute Lehrerengpaß der achtziger Jahre, der sich im Primarschulbereich erst in den neunziger Jahren zu weiten begann, hat dazu geführt, daß zunächst alle einigermaßen qualifizierten Lehrer für die Grundschulen reklamiert wurden. Da es auf dem Lande aufgrund der Altersstruktur der nachkulturrevolutionären Lehrergeneration nur wenige pensionierte Lehrer gibt, muß entweder auf "Lehrer" ohne entsprechende Qualifikation oder auf die aktiven Lehrer zurückgegriffen werden, die trotz Überlastung zusätzlich Alphabetisierungsarbeit leisten müssen. Als Ausweg aus diesem Dilemma wurden erstmalig in den Sommerferien 1995 Hochschulstudenten und sogar Mittelschüler zur Unterstützung dieser Arbeit eingesetzt.²⁸ Ob solche kurzfristigen Entlastungen allerdings Abhilfe schaffen können, ist zumindest fraglich. Die Wahrscheinlichkeit ist sehr groß, daß sich die örtlichen Stellen damit zufriedengeben, möglichst viele Analphabeten zur Teilnahme an den Programmen zu mobilisieren, ohne auf die Effizienz der Kurse und die Konsolidierung des Erlernten zu achten.

Ausblick

In den gut eineinhalb Jahrzehnten seit Beginn der Bildungsreform hat China auf dem Sektor der allgemeinen Volksbildung beachtliche Fortschritte gemacht. Insbesondere im Vergleich mit der Kulturrevolution und ihrem Ziel der Massenbildung, das zu keinem für die Modernisierung brauchbaren Ergebnis führte, müssen die heutigen Leistungen Anerkennung finden. Unter dem Gesichtspunkt der Schaffung einer soliden Grundbildung im Volk - in chinesischer Diktion der "Anhebung der Qualität des Volkes" - ist vor allem hervorzuheben, daß die notwendigen Bildungsgesetze und bildungspolitischen Richtlinien aufgestellt wurden, erstmalig die allgemeine neunjährige Schulpflicht eingeführt wurde (auch wenn sie noch längst nicht überall verwirklicht ist) und der Kampf gegen das Analphabetentum intensiviert wurde. Im Sinne der Ausweitung der Grundbildung muß zudem anerkennend hervorgehoben werden, daß sich die Regierung seit Beginn der neunziger Jahre verstärkt der breiten Volksbildung

zuwendet, nachdem anfänglich reine Wissensvermittlung, Leistung und Elitebildung im Mittelpunkt ihres Interesses standen. Mit dieser Akzentverschiebung wurde dem Bildungswesen insgesamt eine zuvor nicht vorhandene Bedeutung beigemessen, die u.a. darin zum Ausdruck kommt, daß der Bildungsdiskussion in den Medien breiter Raum gewährt wird und die Regierung alles daransetzt, das Bewußtsein der Kader der unteren Ebenen für die Priorität des Bildungswesens zu wecken.

Trotz aller Fortschritte ist China jedoch noch weit davon entfernt, ein Land mit einer Bevölkerung zu sein, die über ein solides Fundament eines einheitlichen allgemeinen Bildungsstandes verfügt. Der Grund liegt zum einen in der unzureichenden Umsetzung der Schulpflicht und der nach wie vor zu hohen Analphabetenrate. In dem Maße, wie die allgemeine Schulpflicht flächendeckend eingeführt ist, wird sich das Problem der Analphabeten - wenn auch mit einiger zeitlicher Verzögerung - von selbst lösen. Wenn es auch nicht zu schaffen sein wird, die neunjährige Schulpflicht in allen Provinzen der mittleren Entwicklungsstufe bis zur Jahrhundertwende durchzusetzen, so bestehen doch gute Aussichten, daß bei anhaltenden Anstrengungen die neun Pflichtschuljahre innerhalb des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts allgemein verbreitet sein werden.

Zum anderen aber - und dies ist der schwerwiegendere Grund - ist das Bildungssystem zu uneinheitlich, als daß man von einem bestimmten allgemeinen Bildungsniveau sprechen könnte. Die forcierte Entwicklung des Bildungsektors ist notgedrungen mit dem Nachteil der Ungleichheit erkaufte. Dies bedeutet, daß die Ausweitung der Bildung mit einer zunehmenden Hierarchisierung des Schulsystems, d.h. großen Qualitätsunterschieden, einhergeht.²⁹ Auf allen Schulstufen gibt es Eliteschulen, die sog. "Schwerpunktschulen", die die beste Ausstattung, die besten Lehrer und die besten Schüler haben. Vom Kindergarten bis zur Universität sichern sie den Absolventen den Aufstieg in die berufliche Elite. Das gleiche gilt heute für teure Privatschulen, die ebenfalls den Zugang zu den angesehensten Universitäten des Landes öffnen. Schon unter den Schwerpunktschulen gibt es große Unterschiede, je nachdem, ob sie der Staatlichen Bildungskommission, einer Provinz- oder einer Kreisregierung unterstehen. Die Hierarchie der verwaltungsmäßigen Zuordnung spielt auch für die "normalen" Schulen eine entscheidende Rolle, denn von ihr hängen die finanziellen Zuwendungen, die Ausstattung und die Qualität der Lehrer und Schüler ab mit der Folge, daß die höhere Verwaltungsebene die bessere Qualität garantiert. Generell gesehen, klafft der größte Unterschied zwischen den staatlich finanzierten Schulen, die sich durchweg in den Städten, einschließlich den Kreisstädten, befinden, und den nicht vom Staat finanzierten Dorf- und Gemeindeschulen, d.h. zwischen Stadt und Land. Die ländlichen Schulen untereinander weisen ebenfalls deutliche Unterschiede auf, die vom allgemeinen Entwicklungsstand der jeweiligen Region abhängen. Am meisten benachteiligt sind die am wenigsten entwickelten Regionen, wie vor allem die Gebiete nationaler Minderheiten.

Wir haben es in China also mit einer sehr starken Schichtung des Schulsystems zu tun. Dem gut entwickelten städtischen Bildungssystem in den Küstenprovinzen und den

großen Städten steht ein unterentwickeltes ländliches Schulwesen gegenüber, das durch chronische Unterfinanzierung, schlechte Lehrer und unzureichende schulische Infrastruktur gekennzeichnet ist und nicht einmal den örtlichen Bedürfnissen gerecht werden kann. Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen keine Chancengleichheit in bezug auf Bildung besteht. In China ist es heutzutage entscheidend, wo ein Kind geboren ist und wo es lebt. Wer auf dem Lande und noch dazu in einem unterentwickelten Gebiet lebt, hat kaum eine Chance, jemals zu studieren, denn er würde aufgrund des niedrigen Niveaus seiner Schulbildung nicht einmal den Übergang zu einer städtischen Mittelschule schaffen. Beide Systeme sind praktisch undurchlässig. Zunehmend hängt die schulische Karriere auch vom Geldbeutel der Eltern ab, können es sich doch viele Familien heute leisten, ihre Kinder auf gute und teure Privatschulen zu schicken.

Die fehlende Chancengleichheit im Bildungswesen ist der Preis, den China für seine relativ schnelle Ausweitung der Schulbildung bezahlt. Genauso wie es in wirtschaftlicher Hinsicht unterschiedliche Entwicklungsniveaus und unterschiedliche Grade des Wohlstands in Kauf nimmt, genauso akzeptiert es unterschiedliche Bildungsstandards. Die Anhebung des Bildungswesens auf ein einheitliches Niveau und damit eine Demokratisierung der Bildung bleiben daher wichtige Aufgaben für das nächste Jahrhundert.

Anmerkungen

- 1) Vgl. *China Statistical Yearbook 1995*, S.595; für 1995: *A Statistical Survey of China 1996*, S.119.
- 2) XNA, 16.4.96.
- 3) Vgl. GMRB, 14.5.96, S.2.
- 4) Vgl. dazu C.a., 1993/5, Ü 15.
- 5) Li Chunling, "An Educational System Grappling with Poverty", *China Perspectives*, No.1, Sept./Oct. 1995, S. 30-35.
- 6) RMRB, 9.11.95.
- 7) XNA, 2.3.95.
- 8) *China Statistical Yearbook 1995*, S.585.
- 9) XNA, 19.3.95.
- 10) RMRB, 13.11.90.
- 11) Siehe *Weltbildungsbericht 1995*, Bonn 1996, S.138.
- 12) Vgl. RMRB, 8.6.93.
- 13) GMRB, 15.4.96.
- 14) RMRB, 22.6.95; vgl. C.a., 1995/6, Ü 16.
- 15) Ebd.
- 16) Vgl. XNA, 13.12.79; RMRB 14.12.79.
- 17) Bestimmungen über die Ausrottung des Analphabetentums vom 1.8.93, abgedr. in RMRB, 11.8.93; vgl. C.a., 1993/8, Ü 19.
- 18) XNA, 27.7.91.
- 19) So Li Ruihuan in einer Rede vor der Politischen Konsultativkonferenz, siehe RMRB, 15.1.95.
- 20) XNA, 4.3.96.
- 21) *Weltbildungsbericht 1995*, a.a.O., S.126.
- 22) XNA, 11. u. 13.10.95.
- 23) *People's Daily* (Overseas ed.), 8.9.87, S.4, zit. nach Wang Hsüeh-wen, "Mainland China's Anti-Illiteracy Work", in: *Issues and Studies*, Oct. 1989, S.100.
- 24) XNA, 4.3.96.
- 25) RMRB, XNA, 13.10.95.
- 26) RMRB, 3.11.94; vgl. auch C.a., 1994/11, Ü 14 u. 1995/10, Ü 18.
- 27) XNA, 11.10.95.
- 28) XNA, 23.9.95.
- 29) Vgl. hierzu Jürgen Henze, "The Formal Education System and Modernization: An Analysis of Developments Since 1978", in: Ruth Hayhoe, ed., *Education and Modernization: The Chinese Experience*, Oxford usw. 1992, S.103-139, hier: S.113 ff.

Yu-Hsi Nieh

Hongkong: Die letzten Monate vor der großen Wende

1 Die letzte Phase des Countdown zur Übergabe der britischen Kolonie

Hongkong wird am 1. Juli des kommenden Jahres gemäß der Vereinbarung von 1984 zwischen London und Beijing an die VR China zurückgehen. Bis dahin sind es nur noch einige Monate. Die Vorbereitung zur Rücknahme des Territoriums auf der chinesischen Seite läuft auf Hochtouren. Am 26. Januar 1996 bildete Beijing ein Vorbereitungskomitee,¹ das am 10. August über die Zusammensetzung des Wahlkomitees zur Nominierung eines Kandidaten für den ersten Regierungschef und die Wahl eines Provisorischen Legislativrats (Parlament) von Hongkong als Sonderverwaltungszone (SVZ) der VR China nach der Wende entschied.² Das Vorbereitungskomitee besteht aus 150 Mitgliedern, davon sind 94 (63%) aus Hongkong und 56 (37%) aus der VR China. Das Wahlkomitee wird sich aus 400 Mitgliedern zusammensetzen: 100 Vertreter aus dem Industrie-, Handels- und Finanzsektor, 100 Vertreter von freien Berufen, 100 Vertreter der Gewerkschaften, Basisorganisationen und aus religiösen Kreisen, 100 Vertreter aus politischen Kreisen (alle 26 Hongkonger Abgeordneten im chinesischen Nationalen Volkskongreß, 34 von den Hongkonger Mitgliedern bei der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes und 40 andere Politiker von Hongkong).

Die Mitglieder des Vorbereitungskomitees wurden von Beijing ernannt und die des Wahlkomitees werden mit Ausnahme der genannten 26 Hongkonger Abgeordneten im chinesischen Nationalen Volkskongreß vom Vorbereitungskomitee gewählt. Die Wahlen finden Anfang November statt. Insgesamt haben sich 5.791 Personen um die Kandidatur für die Mitgliedschaft zum Wahlkomitee beim Sekretariat des Vorbereitungskomitees beworben. Eine endgültige Liste der Kandidaten wird vom Vorstand des Vorbereitungskomitees aufgestellt. Die Differenz zwischen der Anzahl der Kandidaten und der der vorgesehenen Plätze liegt bei 20%. Noch im Dezember d.J. wird das Wahlkomitee den ersten Regierungschef und den Provisorischen Legislativrat, d.h. die designierte Regierung der SVZ wählen.³

Am 27. September haben die Unterhändler von London und Beijing in der sino-britischen Liaisongruppe ein Protokoll unterzeichnet, nach dem um Mitternacht zwischen dem 30. Juni und 1. Juli 1997 eine "feierliche und angemessene" Zeremonie von beiden Seiten gemeinsam abgehalten werden soll. Sie wird von hochrangigen Vertretern beider Staaten geleitet. Beide Seiten stellen jeweils ihre